

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden
Vertriebs-Commissionsnummer: 23341
Aus für Reichsgeldverkehr: Nr. 20011
Schlüsselnummer: 0. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - U. 1. Marienstraße 28/43

Bezugspreis vom 14. bis 21. März 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung (bei Post 1,70 RM, bei Postzusatz für Monat März 3,40 RM, einl. 96 Bg. Postgebühr (ohne Postzusatzgebühr), Einzelnummer 10 Bg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Werbemaßstab berechnet; die einseitige 20 mm breite Zeile 25 Bg., für auswärts 40 Bg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Bg., außerhalb 25 Bg., die 20 mm breite Zeile 200 Bg., außerhalb 250 Bg., Offertengelder 20 Bg. Anständige Kautzelle gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Herold & Reichardt,
Dresden, Bollsch-Str. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresdn. Nachr. 1930/11). Urheberrecht
Schutzrechte werden nicht aufbewahrt

Gesamtrücktritt des Kabinetts erwartet

Heute entscheidender Ministerrat

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. März. Die parlamentarische Lage hat sich im Laufe des heutigen Vormittags weiter zuspitzt, so daß man im Reichstag ganz allgemein mit dem unmittelbaren vorstehenden Ausbruch einer Kabinettskrise rechnet. Wie wir hören, soll keine Zurückziehung der völksparteilichen Minister in Frage kommen. Auch die Sozialdemokratie scheint auf dem Standpunkt zu stehen, daß nur mit einem Gesamtrücktritt des Kabinetts gerechnet werden dürfe.

Die Zufolgung der Lage ist auf die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zurückzuführen, die sich am Mittwoch mittag mit dem Ergebnis der Parteiführer-Verhandlungen, die die Nacht beim Reichskanzler stattgefunden hatten, beschäftigte. Inzwischen hatte heute vormittag der Reichsfinanzminister den Parteien auf Grund dieser Verhandlungen einen neuen Vorschlag unterbreitet, in dem bezüglich der Arbeitslosenversicherung gesagt wird, daß eine allgemeine

Herabsetzung der Leistungen nur durch Gesetz
vorgenommen werden könne. Auch diesen Vorschlag hielt die sozialdemokratische Fraktion, da er „einen Abbau der Leistungen nicht ganz ausschließt“, für unannehmbar. Auch lehnte sie es ab, den Vorschlag, die für die Steuererleichterung gemacht worden sind und die im ganzen auf eine Steuererleichterung bis zu 800 Millionen hinauslaufen, zuzustimmen. Inzwischen war auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei zusammengetreten, um sich mit der Frage zu befassen. Das Ergebnis der Fraktionsbesprechung ist, daß die Deutsche Volkspartei ihren Verhandlungsführern das volle Vertrauen ausspricht. Daraus geht hervor, daß man in völksparteilichen Kreisen nicht nachzugeben gewillt ist.

Die Hoffnungen auf eine Verständigung waren am frühen Nachmittag also gleich Null geworden. Inzwischen traten die Sozialpolitiker der Regierungsparteien zu neuen Besprechungen zusammen und, wie angekündigt, findet um 4 Uhr nachm. dann die Besprechung der Parteiführer beim Reichskanzler statt, an die sich eine Kabinettsitzung anschließen wird.

In dieser Kabinettsitzung wird dann das Schicksal der letzten Regierung entschieden werden, da die Reichsregierung um die Frage, ob sie an ihren ursprünglichen Finanzvorlägen festhalten will oder nicht, nicht mehr herumkommt.

Inzwischen beschäftigt man sich in den Wandelhallen des Reichstags schon überall mit den Möglichkeiten einer neuen Regierungsbildung. Vor allem macht man in den Kreisen der Mitte

Stimmung für ein Kabinetts Bräutigam.
Auch auf die Autorität des Reichspräsidenten sich stützen

soll. Daneben tauchen noch zahlreiche andere Kombinationen auf. Ich scheint nur so viel zu sehen, daß eine rein parlamentarische Lösung ohne Zustimmung der Reichspräsidenten, zur Stunde wenigstens, von niemand für möglich gehalten wird.

Moldenhauers neue Vorschläge

Berlin, 26. März. Nach dem „Vorwärts“ enthielt der von den Sozialdemokraten abgelehnte Vermittlungsantrag über die Arbeitslosenversicherung folgende Richtlinien:

1. Kann der Bedarf der Reichsanstalt aus den Beiträgen nicht völlig gedeckt werden, obwohl der Beitrag rechtzeitig einbehalten ist, so gewährt das Reich Zuschüsse, deren Höhe alljährlich im Reichshaushalt festgelegt wird.
2. Der Reichszuschuß für das Rechnungsjahr 1930 beträgt 150 Millionen Mark.

3. Um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt herbeizuführen, hat der Vorstand der Reichsanstalt die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Er kann dabei auch von den Vorschriften des Gesetzes abweichen, darf jedoch keine allgemeine Herabsetzung oder Verkürzung der Leistungen vornehmen. Inwieweit diese Maßnahmen nicht ausreichen, um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen, kann der Vorstand die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöhen.

4. In einem solchen Beschluß des Vorstandes ist die Mehrheit der Stimmen der Vertreter sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer erforderlich, die dem Vorstand angehören. Die Vertreter der öffentlichen Körperschaften wirken bei der Beschlußfassung nicht mit.

5. Bezieht der Vorstand nicht innerhalb einer Frist, die die Reichsregierung bestimmt, die notwendigen Maßnahmen oder Beitragserhöhungen, so hat die Reichsregierung an Stelle des Vorstandes darüber Beschluß zu fassen.

Wie die „D.N.B.“ berichtet, hätte Finanzminister Dr. Moldenhauer weiter folgende Vorschläge gemacht:

1. Die Realsteuererleichterung am 1. April 1931 wird gestrichelt. Sie soll im Reichsdurchschnitt 20 Prozent betragen. Der Effekt der Realsteuererleichterung ist auf 300 Millionen berechnet.

2. Durch Reichstagsentscheidung wird die Regierung verpflichtet, bis zum Oktober ein Gesetz über die Senkung der Einkommensteuer und über den variablen Faktor vorzulegen. Nach den Vorschlägen der Deutschen Volkspartei soll die Einkommensteuer um 410 Millionen gesenkt werden, wovon über 160 Millionen für den variablen Faktor abgehen, so daß die effektive Senkung 250 Millionen betragen würde.

3. Der Reichsfinanzminister wird gefordert, er möge Kapitalertrags- und Kapitalerfordersteuer zu senken, und zwar nach den völksparteilichen Vorschlägen um insgesamt 100 Millionen.

Gerüchte über einen neuen Skandal der Stadt Berlin

Der Magistrat bemerkt

Berlin, 26. März. Durch die Berliner Presse gehen Mitteilungen über die Aufdeckung angeblicher neuer schwerer Unregelmäßigkeiten im Grundstücksbezirksamt der Stadt Berlin. Insbesondere wird behauptet, außer dem Stadtrat Busch, dem Vetter des Berliner Grundstücksbezirksamtes, habe der Direktor der Städtischen Gesellschaft „Berolina“, Golde, die Stadt in schwerster Weise geschädigt. Von zuständiger Stelle wird dazu mitgeteilt: Es ist bekannt, daß bereits im Herbst des Jahres 1929 die Frage des städtischen Häusererwerbs am Alexanderplatz lebhaft erörtert wurde. Daraufhin wurde ein Ausschuss eingesetzt, der die erhobenen Vorwürfe nachprüfte. Als die Angelegenheit in der Stadtverordnetenversammlung zur Erörterung kam, setzte der Magistrat einen Untersuchungsausschuss ein. Das bisherige Ergebnis der Voruntersuchungen dieses Ausschusses sollte etwa Mitte April dieses Jahres veröffentlicht werden. Da jetzt aber die Presseveröffentlichungen erfolgt sind, sieht sich der Magistrat veranlaßt, heute mittag bereits einen Teil der Feststellungen des Untersuchungsausschusses bekanntzugeben. Es steht nach den bisherigen Ermittlungen fest, daß Direktor Golde sich nicht hat betheiligen lassen. Auch sonstige Unregelmäßigkeiten irgendwelcher Art sind bisher nicht ermittelt.

Drei Landräte ihres Amtes enthoben

Berlin, 26. März. Das preussische Staatsministerium beschloß gestern, wie der Sozialdemokratische Preßdienst erfährt, die rechtsstehenden Landräte A. Lein (Leer), K. H. K. (Kallingshof) und F. H. P. (Hammerstein (Seeen)), die zugleich Abgeordnete des Provinziallandtages der Provinz Hannover sind, aus politischen Gründen ihrer Ämter zu entheben. Die Staatsregierung hat weiter beschlossen, den sozialdemokratischen Abgeordneten des Preussischen Landtages M. P. (Solling) zum Ministerialdirektor im Wohlfahrtsministerium zu ernennen. Die Ernennung ist auf einen Voranschlag des Wohlfahrtsministers Dr. Fischer zurückzuführen.

Was Thüringen antworten wird

Berlin, 26. März. Das thüringische Staatsministerium hält heute nachmittag eine Kabinettsitzung ab, um sich über die Antwort auf das am letzten Sonnabend in Weimar eingegangene Schreiben des Reichsinnenministers Severing schlüssig zu werden. Die Antwort wird voraussichtlich dahin lauten, daß Thüringen sich mit der Entsendung eines Untersuchungskommissars seitens des Reiches einverstanden erklärt. Das Kabinettsamt wird aber fragen, welche Vorgänge eine solche Untersuchung notwendig machen.

Englisches Lob für die „Europa“

London, 26. März. Die englische Presse erkennt die Leistungen der „Europa“ unvoreingenommen an. Das zeitliche Zusammenreffen mit dem Abschluß des Gemenesamer-Vertrages zwischen Japan und Lland wird als ein wirtschaftliches Ereignis ersten Ranges hervorgehoben. In einem Leitartikel stellt die „Times“ fest, daß das deutsche Volk guten Grund habe, auf die Leistungen der „Europa“ und der „Europa“ stolz zu sein. Der Norddeutsche Lloyd werde mit den Rekordleistungen der beiden Schiffe nun den Platz einnehmen, den die Cunard-Linie so lange eingenommen habe. Er werde auch geschäftlich die Früchte dafür ernten, daß er die schnellsten und modernsten Schiffe im Atlantikdienst besitze. Die englische Linie werde eines Tages das Blaue Band des Atlantik zurückholen. Bis dahin werde sie die erste sein, die dem deutschen Geschäftsrivalen, dem Kapitän, der Besatzung und allen, die an dem Bau der beiden Schiffe irgendwie beteiligt waren, herzlich Glück wünsche.

Sindenburg an den Norddeutschen Lloyd

Berlin, 26. März. Der Reichspräsident hat an den Norddeutschen Lloyd folgendes Telegramm gerichtet: Herzlichen Glückwunsch zum Erfolge der „Europa“. Die Erbauer des schönen Schiffes wie Sie selbst können mit besonderer Befriedigung auf diese neue hervorragende Leistung deutscher Technik wie deutscher Seefahrt blicken.

Fernzündung Genua-Sidney

Marconis Experiment gelungen

Sidney, 26. März. Das Experiment Marconis, die Lampen der hiesigen elektrotechnischen Ausstellung von seiner vor Genua liegenden Yacht „Electra“ aus anzuzünden, ist vollkommen gelungen. Die von der „Electra“ ausgesandten Wellen wurden in Vordorchester aufgefangen und von Grimby drahtlos nach Australien übertragen. Sie wurden in Victoria aufgenommen und nach dem Rathaus von Sidney weitergeleitet, wo die 3000 elektrischen Lampen hell aufkamen. Mehrere Journalisten traten von Marconis Yacht aus mit Kollegen in Sidney in Verbindung.

Ende der Menterei im französischen Festungsgelände. Die 88 ausländischen Soldaten, die sich in der Kasematte der Zitadelle von Oleron nach verbarrlichter hatten, hat der Hunger gezwungen, sich zu ergeben. Sie wurden sofort in Einzelzellen untergebracht.

Youngplan-Mehrheit in Frankreich

Änderungen der Regierungsvorlage

Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 26. März. Die Auswärtige Kommission der Kammer, die ein Gutachten über den Youngplan abgegeben hat, hat gestern spät abends nach vierstündiger Sitzung den dem Plane zustimmenden Bericht Sulliers angenommen. Ausdrücklich hat die Kommission aber beschlossen, in den Wortlaut des Berichtes für das Plenum die Bestimmung aufzunehmen, daß

keine der in den Haager Verträgen getroffenen Abmachungen die Handelsfreiheit beschränken könne, die Frankreich auf Grund des Völkerbundesstatuts und des Kelloggpatentes im Notfall besitzt.

Die Kommission will auch gewisse Änderungen in der Regierungsvorlage dahingehend beantragen, daß die Kontrollrechte Frankreichs und der anderen Gläubiger deutschen Verschuldungen gegenüber noch verstärkt werden. Ein Antrag des sozialistischen Abgeordneten Groussard, die Bestimmung in den Vertrag hineinzuschreiben, Frankreich verpflichte sich, für immer den Krieg zu verzichten, wurde abgelehnt. Dieser Antrag wurde dann in der farblosen Form angenommen, Frankreich werde seiner „Friedenspolitik“, die es seit 1918 treibe, treu bleiben. Die Verhandlungen über den Youngplan und die Haager Abkommen werden also morgen in der Kammer beginnen.

An der schließlichen Annahme ist nicht zu zweifeln.

Sowohl die härteste Linkspartei, die Radikalsozialisten, wie die härteste Rechtspartei, die Fraktion Marin, werden nach den Beschlüssen, die sie gestern fassen, ihren Mitgliedern Stimmfreiheit lassen, ebenso die Mittelparteien. Die Antirepublikaner und die Fraktion Maginot haben dagegen gestern beschlossen, einstimmig für die Ratifizierung zu stimmen. Eingeführten sind

für die Debatte im Plenum 16 Redner,

dazu kommen die beiden Kommissionsberichterhalter, die Reden des Ministerpräsidenten Tardieu und des Finanzministers Raynaud, die die Vorlage im Auftrage der Regierung vertreten werden. Unter den eingeschriebenen Rednern sind Marin, Ferris, Franklin-Bouillon, Blum usw. hervorzuheben. Blum erklärt heute in seinem Parteiblatt, daß die Sozialisten nicht aus Liebe zur Regierung für den Youngplan stimmen werden, sondern, um ihr Parteiprogramm und die internationale Solidarität mit der deutschen Sozialdemokratie dadurch aufrechtzuerhalten.

Amerika gegen jede militärische Garantie

London, 26. März. Die amerikanische Abordnung auf der Londoner Flottenkonferenz veröffentlicht eine Erklärung, in der den Gerüchten widersprochen wird, daß die amerikanische Abordnung bereit sei, zur Rettung der Flottenkonferenz Garantieverträge zu unterzeichnen. Amerika lehne es ab, einem Vertrag beizutreten, der als ein Versprechen auf militärische Unterstützung angesehen werden könnte. Frankreich habe gegenseitige militärische Sicherung als eine Voraussetzung für die Herabsetzung der Flottenrüstungen bezeichnet. Wenn diese Sicherheitsforderung auf irgendeine andere Weise befriedigt werden könnte, dann würde die ganze Frage ein anderes Gesicht bekommen. Die amerikanische Abordnung würde in jedem Fall eine derartige Frage vorbehaltlos prüfen.

In Uebereinstimmung mit dieser Erklärung der amerikanischen Abordnung wird von maßgebender Seite in Washington darauf hingewiesen, daß die amerikanische Flotte unter keinen Umständen mit einer Hypothek für die militärische Garantie einer anderen Macht belastet werde. Diese Erklärung von amerikanischer Regierungseite ist der erste deutliche Hinweis dafür, daß Frankreich in seinen Garantieforderungen nicht weniger annehmen werde als eine militärische Garantie.